

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Circulardruckerei für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. (einschließlich Salva-Kosten), per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 8-9.

Die wichtigsten Korrespondenzen über den Raum kosten 5,- M. einschließlich Telex- und Fernschreibungsgebühren. Des Weiteren kostet Wort 1,50 M., einschließlich Telex- und Fernschreibungsgebühren. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,20 M. netto pro Zeile. Kleinanzeigen in Wort-Anzeigen: das gedruckte Wort 1,30 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2939, 2645, 4518 4603, 4635, 4642, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kritische Lage im Osten

Neue Erfolge der Polen

II. Warschau, 20. August.

Amtlicher polnischer Heeresbericht vom 19. August 1920: Nordfront: Die feindliche Oberste Heeresleitung machte verzweifelte Anstrengungen, um die für sie bedrohliche Lage zu retten. Sie hat die Mehrzahl der zwischen der Weichsel und der deutschen Grenze stehenden Kräfte zum Angriff gegen Ploz zusammengezogen und versucht offensichtlich, auf diesem Wege den Weichselübergang zu erzwingen und die Hauptstadt einzukreisen. Dieser Plan wurde durch Kämpfe, die sich in der Vorstadt von Ploz entwickelten, vollständig vereitelt. Mit erfolgreicher Unterstützung der Stadtbevölkerung wurde der Feind unter schweren Verlusten abzurückgeschlagen. Die Aktion der Armee des Generals Sikorski entwickelt sich weiter günstig. Abteilungen des rechten Flügels haben am 18. d. Mts. die Linie längs den Karow forciert und die Flussübergänge Pultuof und Serot besetzt. Gleichzeitig hat die erste Armee über Radczyn vordringend, Wyszow besetzt und hier den Bug überschritten und damit die Abteilungen des Feindes, die auf der Linie zwischen Bug und Karow standen, umgangen. Im Abschnitt Chieschanow greift der Feind heftig an und versucht um jeden Preis die Rückzugstrassen in der Hand zu behalten. Andere Abteilungen machen auch in diesen Kämpfen weiter Fortschritte.

Mittlere Front: Trotz der gewaltigen Uebermüdung schreiten unsere Abteilungen bei der Verfolgung des Feindes weiter fort. Bis zum 19. g. Mts. wurden Sokolow-Drohiczyn-Siala- und Roden a. Bug besetzt. Durch die Besetzung von Drohiczyn wurden beträchtliche feindliche Abteilungen abgeschnitten. Der Feind zieht sich in panischer Hast in nördlicher Richtung zurück. Unsere Beute nimmt weiter beträchtlich zu. Die Armee des Generals Sikorski machte bis jetzt über 10 000 Gefangene und erbeutete 32 Geschütze, 120 Maschinengewehre und 150 Wagen mit technischem Material und Proviant. Die Beute der anderen Armeen ist noch nicht gezählt. Größere und kleinere Abteilungen der Sowjet-Divisionen, die sich in unserem Rücken befinden, werden allmählich abgefangen. Diese Aktion wird durch die Mitwirkung der ansässigen Bevölkerung wirksam unterstützt. In Siedlce wurde eine bewaffnete jüdische Freiwilligenabteilung abgefaßt, die sich aus ortsanfässigen jüdischen Kommunisten zusammensetzte. Im Abschnitt Jischon Cholim sind die Abteilungen des Generals Pielinski erfolgreich tätig und haben Angriffe auf Radzys und Dubienka in Richtung auf Prubieszow zurückgeschlagen. Eine Gegenaktion ist angeordnet.

Südfront: Am 18. d. Mts. bestanden Abteilungen unserer 13. Infanterie-Division erbitterte Kämpfe mit der 6. Kavallerie-Division Sudjennos am Abschnitt von Winnit und brachten ihr eine empfindliche Niederlage bei. Der Feind wurde im Rücken angegriffen und in die Sümpfe getrieben, wobei er gewaltige

Verluste an Menschen, Pferden und Material erlitt. Der Feind drängt weiter in Richtung der Bobrka vor, doch ist eine erfolgreiche Gegenaktion unsererseits im Gange.

II. Wien, 20. August.

Dem „Ukrainischen Pressebureau“ wird aus Borno w gemeldet: Seit einigen Tagen bemühen sich gegen Okgalizien operierende Rote Truppen, den Dnjestr an mehreren Stellen zu forcieren und in Richtung gegen Dhnja vorzustoßen. Die Angriffe wurden überall zurückgewiesen und haben dem Feind blutige Niederlagen gebracht. Im Zusammenhange mit der Aktion der polnischen Truppen am Bug ist die ukrainische Armee an der Strypa und dem Sbrucz vorgegangen.

Verlauf der polnischen Offensive

III. London, 20. August.

Auf Grund der vorstehenden Meldungen hat man die Hoffnung, daß Warschau wenigstens vorläufig gerettet ist. Die Blätter veröffentlichen Einzelheiten über die Vorbereitung der Gegenoffensive. Die polnische Heeresleitung hat die Volkswesten bis an die äußerste Festungslinie der Stadt vordringen lassen. Darauf hat sie mit vier Divisionen, von denen Erstes den Volkswesten nichts bekannt war, im gleichzeitigen Angriff auf drei Fronten losgeschlagen. Der erste Vorstoß ging von Zwangorod in der Richtung nach Brest-Litowsk unter Pilsudskys persönlicher Leitung. Der zweite Gegenoffensivstoß kam von Rowo-Georgiewsk und richtete sich nach Norden an dem Fluß Karow entlang. Der dritte Angriff ging an der Linie Warschau-Danzig voran und nahm seine Richtung auf Miawa. Bei den beiden ersten Angriffen wurden die Ziele bald erreicht. Das rechte Ufer des unteren Karow wurde vom Feind geläubert und die Stellungen am Bug und Karow zurückerobert. Gleichzeitig hat Pilsudskys Heeresmacht den Feind auf der Linie von Wispejz bis zum Karow in einer Ausdehnung von 40 bis 80 Kilometern zurückgedrängt. Der Angriff auf der Linie Warschau-Danzig hat die Polen bis nach Chieschanow gebracht, bereits 25 Kilometer südlich von Miawa, so daß die Volkswesten sich auch in der Richtung nach Ploz und Thorn zurückziehen mußten.

Die Pariser Presse bringt über die Lage an der russisch-polnischen Front Nachrichten, die noch mehr übertrieben sind, als die mit phantastischen Farben geschriebenen polnischen Heeresberichte. Der „Temps“ behauptet, die Russen hätten bereits Brest-Litowsk erreicht, ein belgisches Blatt faßelt sogar von einer Räumung Wilnas. Diesen Meldungen ist keinerlei Bedeutung beizumessen.

Ernster Konflikt in Oberschlesien

Blutige Zusammenstöße

Beuthen, 19. August.

Als Mitternacht war es in Kattowich zu keinem weiteren Zusammenstoß gekommen. Um elf Uhr war die Verbindung mit Kattowich wiederhergestellt. Heute abend fanden dort, um zu einer Lösung der Lage zu kommen, Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und der Interalliierten Kommission statt. In diesen kündigte der Vertreter der Interalliierten Kommission die Festnahme der Gewerkschaftsvertreter für den Fall an, daß die Unruhen sich fortsetzen sollten. Als auf die Frage nach den Forderungen die Gewerkschaftsvertreter die Ablösung der französischen Truppen durch italienische zum Ausdruck brachten, lehnte der Vertreter der Interalliierten Kommission diese Forderung schroff ab und brach die Verhandlungen ab.

II. Beuthen, 20. August.

Wie die Telegraphen-Agentur meldet, ist die polnische Gegenaktion in vollem Gange. Die Polen haben das ganze Randgebiet Oberschlesiens besetzt. Die Orte Schoppin und Gieschewitz sind ihr Zentrum. Sie sind in einer Stärke von 2000 Mann im Anmarsch auf Kattowich und haben eine Reihe von Orten am Kattowich bereits besetzt. Die Sicherheitspolizei hatte heute nacht ein schweres Geschick mit den Polen am Nordrande von Bogutsch. Auf Seiten der Sicherheitspolizei sind leider 12 Tote und viele Verwundete zu verzeichnen. Vor der polnischen Uebermacht mußte sich die Sicherheitswehr zurückziehen; sie bittet dringend um Hilfe. Wie verlautet, beabsichtigen die Polen heute vormittag 10 Uhr die ober-schlesischen Gruben stillzuliegen. Zwei polnische Gruben befinden sich bereits im Streik. Der Ort Dombrowka ist von den Sokols umstellt, die die Wasserleitung abgeschnitten haben. Nach einer bisher noch nicht bestätigten Nachricht haben die Polen Laurahütte besetzt. Es soll dort ein ungeheures Durcheinander herrschen; es wird geplündert. Die Druckeret Schellmann soll vollständig zerstört worden sein. Unter den von der Sicherheitspolizei gemachten Gefangenen befinden sich uniformierte Galtersoldaten, die gut ausgerüstet waren.

III. Ploz, 20. August.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurde das Schlafhaus der Feinrich-Glück-Grube in Kotosal, ein Holzplattensbau, von einer Gruppe Polen mit Gewehrshüssen und Handgranaten überfallen.

Die Angriffe richteten sich vornehmlich gegen den Teil des Schlafhauses, in dem die deutschsprachige Arbeiterschaft untergebracht ist. Es wurden etwa 100 Schuß abgegeben, die glücklicherweise meist zu hoch gingen, und sechs Handgranaten geworfen. Da die Insassen sofort auf den Boden und in den Keller flüchteten, wurden nur zwei Arbeiter verletzt.

Beuthen, 20. August.

Nach einer Meldung aus Kattowich ist bei der deutschen Plebiszitkommission eine Hausdurchsuchung durch französisches Militär vorgenommen worden.

Die Warnung des französischen Generals

General Gatteny, der vom General Lerond, dem Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen, nach Kattowich entsandt worden war, erklärte den zu ihm geladenen Vertretern der Behörden, der Polizei und der Gewerkschaften folgendes:

Bei zivilisierten Nationen werden die Bürger durch die Unterschriften ihrer Vertreter verpflichtet. Seit sechs Monaten aber sehen wir hier nur ein Ziel verfolgen: Das Wort nicht zu halten, das die Vertreter in ihrem Namen gegeben haben. Die Grenze unserer Geduld ist erreicht, und wir werden nicht weiter nachgeben. Dafür mit aller Macht zu sorgen, bin ich hierher gekommen. Bevor ich die strengsten Maßnahmen ergreife, die mit der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes zusammenhängen, halte ich es aber für nötig, Sie darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen diese Maßnahmen für Sie, für Ihre Familien, aber auch für Ihren Staat haben könnten und welchen Eindruck das auf die ganze Welt machen kann. Ihre verlangene Presse beschimpft uns. Aber wir sind nur dazu da, um die Ruhe zu erhalten, und wir werden sie vollständig gegen alle Widerstände erhalten. Ich vertraue darauf, daß Sie mit in meiner Aufgabe helfen werden, halte es aber für nötig, Sie darauf hinzuweisen, daß ich, wenn sich die Unruhen wiederholen, Sie als Geiseln festnehmen werde. Wir sind keine Vulturgeier, aber wir werden die größte Strenge walten lassen. Wer sich nach acht Uhr abends auf der Straße zeigt, spielt mit seinem Leben, ebenso diejenigen, die zu größeren Ansammlungen Veranlassung geben.

Der General wollte sich erst auf keine Auseinandersetzungen einlassen, schließlich aber behielt er noch einige der Herren bei sich, um mit ihnen vertraulich die Dinge zu besprechen. Er ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß sich an der Stellungnahme der Interalliierten Kommission nichts ändern werde.

Unsere Finanznot

Von Dr. K. Kuczynski.

Die „Denkschrift über die finanzielle Lage des Reichs“, die der Finanzminister Wirth am 29. Juli dem Reichstag überliefert hat, enthält eine Fülle von Zahlen, die geeignet sind, mehr Licht in das Halbdunkel zu bringen, das seit sechs Jahren über den Reichsfinanzen schwebt, und manche irrige Vorstellung zu zerstreuen, die sich dank der unzulänglichen Berichterstattung seiner sechs Amtsvorgänger in deutschen Bolke eingenistet hat. Vorbedingung dafür ist allerdings, daß diese Denkschrift unverzüglich den Tausenden, die sie ohne weitere Erläuterungen verstehen mögen, zu billigsten Preisen durch den Buchhandel zugänglich gemacht werde, und daß diese Tausende dann alles aufbieten, um den Millionen von Deutschen, die den Zahlen der Denkschrift hilflos gegenüberstehen, in uner müßlicher Aufklärungsarbeit die furchtbare Bedeutung dieser Zahlen einzuprägen. Finanzminister Wirth schließt seine Denkschrift mit den Worten: „Aus diesen Ziffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in welcher wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch die praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papiernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszuwählen.“ Das ist alles vortrefflich gesagt und durchaus richtig. Aber wenn „diese Ziffern“ in einer Reichstagsdenkschrift vergraben bleiben, wird das deutsche Volk die gewaltige Mahnung, die aus ihnen spricht, nicht hören.

Die Denkschrift Wirths beginnt mit der Feststellung, daß der Bedarfs des Reichs an laufenden Einnahmen (nach dem Stande vom Ende April 1920) 25 Milliarden betrage.

Der erste Hauptteil behandelt dann „die Entwicklung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart“. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich da, wie verhängnisvoll die „Steuerflucht“ Heffersichs und seiner Antonachfolger für uns gewesen ist. Den Gesamtausgaben des Reiches für 1914 bis 1919 in Höhe von 232,6 Milliarden standen nur 29,6 Milliarden Gesamteinnahmen gegenüber. Die laufenden Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die sich im Jahre 1913 auf 1693 Millionen gestellt hatten, betrugen in den folgenden sechs Jahren: 1601, 1114, 1440, 2291, 3526, 6446 Millionen. Dazu kamen aus dem Wehrbeitrag 977 Millionen und aus sämtlichen Kriegsgewinnsteuern 8473 Millionen. Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Zöllen beliefen sich somit für die sechs Jahre 1914 bis 1919 auf noch nicht 26 Milliarden. Unter Zugrundelegung der Einnahmen von 1913 wären (einschließlich Wehrbeitrag) reichlich 11 Milliarden zu erwarten gewesen. Das Mehr betrug also noch nicht 15 Milliarden. Das war der ganze Beitrag der Reichsfinanzen zu den Kosten der Kriegs- und Uebergangszeit. Zum Vergleich sei nur darauf hingewiesen, daß der entsprechende Beitrag in England etwa dreimal so hoch war, und das in gutem Gelde!

Daß bei einer solchen Steuerpolitik die Reichsschulden viel mehr anwachsen mußten, als durch den Finanzbedarf an sich geboten war, liegt auf der Hand. Die Zahlen über die Entwicklung der Reichsschulden verdienen daher besonderes Interesse. Leider sind sie nur mit Vorsicht zu verwenden. Schon ein flüchtiger Leser wird erkennen, daß die Tabelle über die fundierten Schulden (Seite 20) arge Rechenfehler enthält. Aber wie soll er sie berichtigen? Wollte er zum Staatlichen Jahrbuch für das Deutsche Reich greifen, so würde er auch dort (Jahrgang 1919, Seite 248) wieder auf falsche Zahlen stoßen. Er muß also schon die schwer zugänglichen älteren Anleiheendentschriften zu Rate ziehen. Da wird er dann finden, daß die 4 1/2prozentigen Schatzanweisungen am 30. September 1917 nicht 630 Millionen, sondern 4039 Millionen ausmachten, die Summe der verzinslichen Schatzanweisungen nicht 2869, sondern 6278 Millionen, die Gesamtsumme der fundierten Schulden nicht 58 844, sondern 62 653 Millionen. Er wird weiter finden, daß am 31. März 1918 die Summe der verzinslichen Schatzanweisungen nicht 2865, sondern 7793 Millionen, die Gesamtsumme der fundierten Schulden nicht 66 986 Millionen, sondern 71 914 Millionen betrug. Der Bearbeiter der Denkschrift hätte diese Unstimmigkeiten scharf selbst entdeckt, wenn er die fundierten Schulden auch im Text behandelt hätte. Der Verzicht darauf ist um so bedauerlicher, als die Veränderungen in der Höhe der fundierten Schulden ohne Erläuterung schwer verständlich sind. Selbst der Sachkenner wird sich nicht leicht ein Bild davon machen können, inwieweit das Sinken dieser Schulden auf Tilgung, inwieweit auf die Hingabe bei Steuerzahlungen und beim Kauf von Heeresgut, inwieweit endlich auf die Aufnahme zwecks Kuroschätzung zurückzuführen ist. Hier sei nur noch erwähnt, daß die Tabelle ein Anwachsen von 5,0 Milliarden am 30. Juni 1914 auf 93,7 Milliarden am 31. Dezember 1918 nachweist (bei Ausbruch der Revolution dürften es mehr als 95 Milliarden gewesen sein); dann ergibt sich ein allmähliches Sinken bis auf 89,8 Milliarden am 31. Dezember 1919 und — infolge der Zahlungen auf die Sparprämienanleihe — ein Steigen auf 91,1 Milliarden am 31. März 1920. Inzwischen dürfte der Bes

trag wieder auf rund 90 Milliarden gesunken sein. Es sei dies hier auch deshalb hervorgehoben, weil Finanzminister Wirth in seiner Reichstagsrede vom 2. August noch — irrtümlicherweise — mit 92 Milliarden gerechnet hat.

Dem kleinen Rückgang der fundierten Schulden in den letzten anderthalb Jahren steht eine gewaltige Vermehrung der schwebenden Schulden gegenüber. Die diskontierten Schatzanweisungen stiegen von 55,1 Milliarden am 31. Dezember 1918 bis auf 86,2 Milliarden am 31. Dezember 1919 und weiter auf 91,5 Milliarden am 31. März 1920 und auf 113,1 Milliarden am 30. Juni 1920! Die ungeheure Zunahme im letzten Vierteljahr beruht zu einem kleinen Teile auf der Uebernahme preussischer Schulden mit der Verreichlichung der Staatseisenbahnen, in der Hauptsache aber auf den Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln, den Ausgaben für das Heer und den Zuschüssen bei den Betriebsverwaltungen. Zu den diskontierten Schatzanweisungen gesellt sich als weitere schwebende Schuld eine Reihe von Zahlungsverpflichtungen, die das Reich insbesondere zugunsten seiner früheren Verbündeten eingegangen ist. Sie beliefen sich Anfang Juni 1920 auf 10,8 Milliarden. Die Gesamtschuld des Reiches (ohne die noch nicht erfüllten Verpflichtungen an Länder und Gemeinden) wird in der Denkschrift für den 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden angegeben. Wenn Wirth in seiner Reichstagsrede vom 1. Juni mit nur 209 Milliarden rechnete, so scheint er damals über die diskontierten Schatzanweisungen, für die er nur 107 statt 113 Milliarden ansetzte, falsch unterrichtet gewesen zu sein.

Der zweite Hauptteil von Wirths Denkschrift behandelt die voraussichtliche Gestaltung des Reichshaushalts im Rechnungsjahr 1920. Die Darlegungen sind außerordentlich lehrreich. Zu beanstanden ist nur, daß Wirth trotz der Kritik, die seine Steuerertragskalkulationen vom 27. April erhalten haben, an seinen viel zu hohen Ansätzen festhält. Wenn Erzberger den Ertrag des Reichsnotopfers auf 45 Milliarden geschätzt hat, so ist das doch kein hinreichender Grund, um diese Zahlen immer wieder nachzubeten. Das Reichsnotopfer wird nicht mehr als 25 Milliarden bringen. Und deshalb sollte das Finanzministerium als Jahresertrag statt 24 Milliarden nur 14 Milliarden einsehen. Die Einkommensteuer wird im Reich nicht, wie Wirth hofft, 2,1 Milliarden bringen; das Reich wird noch froh sein, wenn es nicht auf Grund des § 58 des Landessteuergesetzes den Ländern und Gemeinden etwas herauszahlen muß. Die Umsatzsteuer wird dem Reich nicht 3,1 Milliarden bringen; sie war stets eine Entlastung, brachte dem Reich 1919 nur 687 Millionen und wird auch im laufenden Rechnungsjahr dem Reich nicht mehr als 2,4 Milliarden abwerfen. Daß die Ausfuhrabgaben 1 Milliarde bringen könnten, glaubt heute doch kein Mensch mehr im Ernst. Auch sonst sind manche Ansätze in dem Haushaltsplan von Wirth viel zu hoch. Und trotzdem gelangt er nur zu einer Gesamteinnahme von 24,85 Milliarden bei einer Gesamtausgabe von 27,77 Milliarden im ordentlichen Haushalt und 7,8 Milliarden im außerordentlichen Haushalt (einschließlich Betriebsverwaltungen). Wie will er nun den Fehlbetrag von reichlich 30 Milliarden (ich schätze ihn auf rund 40 Milliarden) decken? Die 27,6 Milliarden für den außerordentlichen Haushalt sollen „aus Anleihemitteln“, d. h. jedenfalls durch eine weitere Vermehrung der ohnehin erdrückenden schwebenden Schulden beschafft werden. Für die 2922 Millionen aber, die Wirth im ordentlichen Haushalt fehlen, hat er einen Einnahmeposten „aus neuen Steuern“ eingesetzt. Auch Erzberger hatte im Haushaltsplan von 1919 einen solchen Posten „aus neuen Steuern“, der sogar 9500 Millionen aufwies. Das war der Vorkurschlag. Die Zehnmilliarden aber betrug, wie jetzt aus der Denkschrift Wirths hervorgeht, noch keine 95 Millionen! Und dabei hatte Erzberger vor einem Jahre ein ausgearbeitetes Steuerprogramm, das der Nationalversammlung schon grobenteils vorgelegt war, während Wirth von dem Inhalt seiner „neuen Steuern“ noch nichts hat verlauten lassen.

So ist denn die Denkschrift Wirths keine Raatomännische Leistung, vor allem schon deshalb nicht, weil sie keinen Ausweg aus unserer Finanznot zu zeigen vermag. Trotzdem möchte ich ihr nochmals weitestehende Verbreitung wünschen. Denn sie enthält eine Menge lehrreicher und bisher unbekannter Zahlen und bietet ein vorzügliches Nützgerät für alle, die in einer Abkehr von unserer bisherigen unzulänglichen Steuerpolitik und in der schleunigen Durchführung einer großen einmaligen Vermögensabgabe den einzig möglichen Weg zu einer Gesundung der Reichsfinanzen erblicken.

Seufzender Saft

Von Peter Hill
Schummernde Kinder.

„Wo sind die Kinder?“

„Sie sind vorn und machen ihre Schularbeiten.“

So still — so streiklos traulich, das bin ich nicht gewohnt hier. Da kört die eine mit lautem Aufschrei. Da gibts zu Friedenszeiten einen Tanz: „Kun wollen wir erst einen machen: Siehst du wohl, da kimmt er, lange Schritte nimmt er.“ Zur größeren Feierslichkeit aber wurden vorher Rosenblätter gestreut. Dann nimmt man sich im Arm und wiegt sich ein.

In den viel häufigeren Kriegsausbrüchen aber kört eine schnelle Entscheidung bald zu Geinen oder Anklagen.

Ich öffne die Tür —

Da liegen sie auf dem Sofa.

Aber nun — nichts — kein Atemzug und kein Schnarchen trotz des offenen Mäulchens des Puffes Matilde.

Und doch atmen die zarten lebensheftigen Leiber in leisen, Rührung weckenden Rhythmen.

Das schlafende Leben ist ein Geheimnis, das man nicht führen mag.

Ich wenigstens habe eine solche Ehrfurcht vor Schummer, ich vermag nicht über mich, daraus zu wecken.

Und so sehe ich mich denn als Schutzhelfer mit meinem langen rotbraunen Bart auf die Sofalehne, sah mit Beobachterfreude die heftig-roten Wangen und scheuchte die Fliegen, die sich angelockt von der mit feinsten Schweitztröpfchen besetzten Dultregung der Haut, auf Arm und Nacken hartnäckig, fast klebsam niederließen.

Man mußte ein-, zweimal zusehen.

Ein Regen, ein Stammeln gesterbener Worte, ein Umsiegen und Wiederzueinanderfinden, ein Gineinruf in diese vermeintliche Rüge des Schlummers fand indes keine Öffnungen.

Einsig schon die Gruppe, wie sie dalagen auf dem Sofa.

Man hätte sich eine Kunst gewünscht, die alles das fassen konnte.

So eine lange, bläulich grün gestreifte Gewandung, aber noch neu in blanken knitternden Falten, hätte wie ein Geniegemwand ein die Inleend gegen die Sofalehne angezogenen Fäße der abgewendet, mit Kopf und Arm auf der Seitenlehne Ruhenden.

Hier das blonde weiche Haar, dort das Bronzefadengestrubel, hier die schüchtern Seelengestalt der Kindheit, dort die geschlechtslos abgeschlossene Weibgestalt des Kindes vor Durchbruch der Keife. Durch die herabgelassenen Vorhänge stel ein reichgelber, treibhausäppliger Schein.

Eine schwere Beschuldigung

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende Mitteilung:

Ich lese in der deutschen Presse, daß der frühere Staatsanwalt Weichmann, der jetzt das Amt des Kommissars für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bekleidet, Spigelberichte in der Presse veröffentlicht, nach denen in der Wohnung unseres Berliner Vertreters, des Genossen Kopp, eine Konferenz von kommunistischen und unabhängigen Führern stattgefunden habe, in der Kopp zur baldigen Organisation eines Umsturzes aufforderte. Der Herr Staatsanwalt ist mit seinem Spigelbericht heringefallen, denn es konnte sofort öffentlich festgestellt werden, daß Kopp die Wohnung, in der die Versammlung stattgefunden haben soll, seit Wochen aufgegeben hat, und daß mehrere Genossen, die als Teilnehmer an der geheimen Konferenz vom Herrn Staatsanwalt genannt worden sind, an dem genannten Tage gar nicht in Berlin waren. Trotzdem hielt die deutsche Regierung es nicht für ihre Pflicht, dem Beamten, der Spigelberichte gegen den diplomatischen Vertreter Russlands in der Öffentlichkeit verbreitete, um eine Pogromstimmung zu erzeugen, den Laufpaß zu geben. Somit möge es mir erlaubt sein, ihr zu sagen, daß, falls sie auf Herrn Weichmann verzichten würde, sie kein Kleinod verlieren würde. Ich habe die Bekanntschaft dieses Herrn gemacht, als ich die Gastfreundschaft der deutschen Regierung im früheren Roabiter Zuchthausgefängnis genossen habe. Nach mehr als einem Monat meiner Inhaftierung, als das Justizministerium schon die Abnahme meiner Fesseln bewirkt hatte, befohl Herr Weichmann, mir Fesseln während der Spaziergänge anzulegen. Auf meinen und des Untersuchungsrichters Protest wurde dieser barbarische Befehl aufgehoben. Auf einmal änderte sich das Verhältnis des Herrn Staatsanwalts zu mir; er gewährte, obwohl das nicht seine Sache war, verschiedenen politischen Persönlichkeiten Zutritt zu mir, die die deutsche Regierung gewiß nicht gerne bei mir sehen konnte; das alles als Entgelt für die freundliche Beihilfe bei der Erlangung des Schweizer Passports, die ihm einer meiner Freunde gewährte, ohne zu wissen, wie sehr er ihn verpflichtete. Wir erfuhren die Gründe der überwältigenden Dankbarkeit des Herrn Staatsanwalts bald. Der hiedere Hüter der Ordnung hat bei einem Hazardspiel etwa eine Million gewonnen und mußte sie nach der Schweiz verschicken.

Ich halte es für vollkommen berechtigt, daß auf den Hüter der Ordnung der Schieber Herr Staatsanwalt Weichmann folgt. Willkür werden oft gute Wächter, und wer soll eine Schieberrepublik verteidigen, wenn nicht ein Schieber. Meine Aufgabe als Blutarth ist beendet. Ich will sie mit einer Prophezeiung schließen: So wie es sich nicht feststellen ließ, daß Herr Strauß durch Schiebergeschäfte Millionen verdient hat, obwohl das der ganzen politischen und geschäftlichen Welt bekannt war, so wie sich das oben Erzählte amtlich nicht feststellen lassen wird, obwohl es allen Kollegen des Herrn Weichmann bekannt ist, wird Herr Weichmann weiterhin seine Spigelarbeit verrichten. Bitte dafür zu sorgen, daß er unseren diplomatischen Vertreter in Ruhe läßt, aber die Pflicht unseres Auswärtigen Amtes anerkennt, daß es den Herrn Hilger nicht besser zu behandeln braucht als Viktor Kopp behandelt wird.

Den letzten Satz des Artikels bitte ich Sie, sich zu merken.

Tschischerin.

Wir geben diese Mitteilung, soweit sie sich auf die angeblichen Schieberungen des Herrn Weichmann bezieht, mit allem Vorbehalt wieder und erwarten von der Regierung eine schleunige Untersuchung zur objektiven Feststellung des Tatbestandes. Hilger, gegen den Repressalien angedroht werden, ist der deutsche Leiter des Gefangenenaustausches in Moskau.

Diktator Escherich

Forskrat Escherich hat von Regensburg aus an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Der preussische Minister des Innern hat ein Telegramm an die Oberpräsidenten gerichtet, in dem er die Organisation Escherich als ungesetzlich bezeichnet und befehlt, gegen sie mit Verbot und Auflösung vorzugehen. Wegen dieses, Recht und Gesetz verhöhrende, Verfahrens des preussischen Ministers erhebe ich schärfsten Protest. Ich werde kein mir verfassungsgemäß zur Verfügung stehendes Mittel unversucht lassen, um der Organisation, die ein E. B. ist, ihr Recht zu erkämpfen.

Mit großen persönlichen Opfern und Mühen ist es mir gelungen, alle zur Organisation gehörenden Verbände und Vereine verschiedenster Richtungen unter meiner Leitung zu vereinigen und auf unser, auf der Verfassung aufgebautes Programm zu verpflichten. Trotz meiner beruhigenden Einwirkung hat das Verfahren der preussischen Regierung, welches ganz offen

gegen Artikel 124 der Reichsverfassung verstoßt, eine begreifliche Erregung innerhalb meiner Organisation hervorgerufen, für deren etwaige Folgen die preussische Regierung die Verantwortung zu tragen haben wird.

Nach wie vor hege ich die bestimmte Hoffnung, daß es der Reichsregierung doch noch gelingen wird, die Maßnahmen der preussischen Regierung, welche aus Unkenntnis oder Mißachtung der Ziele und des Wesens meiner Organisation getroffen sind, baldigst unwirksam zu machen. Auch heute noch will ich mich in meinem Vertrauen nicht beirren lassen und muß ausdrücklich verlangen, daß die Reichsregierung die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte der Deutschen auch für die Angehörigen meiner Organisation zu schützen wissen wird. Ich bitte ergebend, mir eine möglichst baldige Antwort zu kommen zu lassen.

Regensburg, den 18. August.

Escherich.

Herr Escherich tritt in diesem Telegramm, das er in Regensburg sicher gemeinsam mit dem Bauern doktor Heim aufgesetzt hat, als Diktator auf. Wir haben bereits in der heutigen Morgenausgabe nachgewiesen, daß die Orgeß kein Recht hat, sich auf die Verfassung zu berufen. Es handelt sich nicht um eine Vereinsbildung, sondern um die planmäßige Bildung von bewaffneten Haufen, ein Vergehen, das nach dem Gesetz mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden kann. Die „Post“ plaudert heute früh aus, daß sich die Escherichorganisation als Reichsverband über ganz Deutschland und Deutschösterreich ausbreite. Sie heuchelt dann etwas von „Verfassungstreue“, „Versöhnung der Volksklassen“, „Wiederaufbau Deutschlands“. Das alles sind natürlich nur vorgeschobene Scheingründe, die der Orgeß das Daseinsrecht ermöglichen sollen. Die Namen und die Vergangenheit der Hauptorganisatoren der Orgeß, sagen hinreichend genug, wohin die Reise geht. Es muß sich nun zeigen, wer der Stärkere ist: Der Diktator Escherich oder die Reichsregierung. Siegt der Bayer, dann scheidet die Orgeß ihre Mannen aber kurz oder lang in Bewegung sehen, dann wird das Beispiel Bayerns auch im Reich verwirklicht werden. Ein Dr. Kahr steht sicher schon in Reserve. Für die Arbeiterschaft heißt es daher auf die Wacht zu steigen. Der geschlossenen Kampffront der Reaktionen muß die zum Handeln entschlossene Einheitsfront des sozialistischen Proletariats entgegengestellt werden.

Seid auf der Hut!

Jedenfalls infolge der Stellungnahme der Eisenbahner zu den Waffentransporten ist heute plötzlich die Eisenbahndirektion Berlin, Schöneberger Ufer 1 bis 4, von Sicherheitspolizei besetzt worden. In der Umgegend des Direktionsgebäudes kreisen starke Patrouillen. Die Wägen sind besetzt. An die Arbeiterchaft ergeht die Aufforderung sich unter keinen Umständen prozozieren zu lassen.

Ein Verfassungsbruch

Hausung bei Genossen Dilmann

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet:

Im hiesigen Bezirksbureau der U. S. P. erschienen am Dienstag nachmittag mehrere Kriminalbeamte, um in der Wohnung des Genossen Dilmann, sowie in den Räumen der Partei eine Hausung nach Waffen vorzunehmen. Die Grundlage dieser Maßnahme bildete eine anonyme Denunziation in der angeführt wurde, daß die U. S. P. Risten mit Waffen und Munition für Maschinengewehre, Gewehre und Handgranaten erhalten habe. Bezüglich ist, daß die Kriminalpolizei an den Straßenecken Posten aufgestellt hatte, die im Falle eines Widerstandes sofort eingreifen sollten. Gefunden wurde natürlich nichts. Mit einer höflichen Entschuldigung zogen die Beamten ab. Dem Polizeipräsidenten scheint noch nicht bekannt zu sein, daß Genosse Dilmann Reichstagsabgeordneter ist und daß das Vorgehen der Kriminalpolizei einen Verfassungsbruch darstellt.

Französische Justiz. Das Kriegsgericht von Saarbrücken verurteilte drei Polizeioffiziere dieser Stadt zu drei Monaten Gefängnis und dreihundert Mark Buße, weil sie der Flammierung des Belagerungszustandes Hindernisse in den Weg gelegt hatten. — Das Kriegsgericht von Mainz verurteilte wegen Propaganda zu Gunsten Deutschlands im Saargebiet drei Deutsche zu zwanzig Jahren Gefängnis und zu Aufenthaltverbot, einen Preußen zu zehn Jahren Gefängnis und zu Aufenthaltverbot. Vier andere zu einem Jahr Gefängnis und zehntausend Mark Buße.

Nur nicht Erziehung im alten Sinne, die eigentlich Verziehung ist, Verzerrung sogar.

Nur heile keine Aenderung, keine Vorschriften!

Entdecken wir das Kind!

Die große Entdeckung, die noch aussteht, ist ein wahres Kinderspiel. Sie erfordert keine unerhörte Kühnheit, nicht den heroischen Vorsatz, mit allen Gefahren und Entbehrungen es auszunehmen: sie ist keine Nordpolfahrt.

„Diebe im Schnee“ heißt die neue Operette der Komischen Oper, mit der dort die Winterpielzeit begann. Die Singpielfabrikanten schein einen Ari Orgeß-Bund zur Aufrechterhaltung durchlauchtigster Fürstenthümer wenigstens auf den Operettenbühnen geschlossen zu haben. Darunter machen sie es partout nicht mehr. Die kleine Hodelt verliebt sich diesmal in einen schmaligen Tenor, um schließlich einen Reifeinenen, aber noch immer „standesgemäß“ Herzog zu heiraten. Die Musik von Ralph Benatzky ist teils mager, teils schwülstig und zehrt in Marschrythmen, Wasserfällen und Gassenhauereten von Erinnerungen. Dem Text merkt man es nur selten an, daß Willy Prager etwas von seinem Witz beigeleert hat. Die Aufführung unter Direktor Charle war farbige, aber noch ohne den letzten Schluß. Alfred Lantner als jovialer Trottel und Serinismus war am lustigsten und darf auch über den ersten Akt (o Gott!) hinweg, Carl Grünwald lag als Liebhaber in unglücklichem Kampf mit seinem widerpenflichen Tenor, und von den mitwirkenden Damen hatte die mit Pierrelie seit begabte Eile Müller wenigstens die Entschuldigung, daß sie nur durch Hessekeit stimmlich versagte. Der Premierenbeifall funktionierte nicht schlecht.

Ueber künstliche Verjüngung und Geschlechtsumwandlung, nach Professor Steinach, vollständig dargestellt, bezieht sich eine kleine Schrift von Dr. Magnus Hirschfeld, dem bekannten Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, Berlin. Sie ist im Verlag Johnsen und Co., Berlin, N.W. 87, erschienen und schilbert an der Hand der bisherigen Experimente des Wiener Forschers an Tieren und Menschen die Verjüngung und sexuelle Beeinflussung durch Uebertragung oder zytogenologische Reubeibung der Suberitätsdrüse. Allzu weitgehende Hoffnungen aber hieran zu knüpfen, ist zum mindesten verfrüht.

Arbeiterjugend und sexuelle Frage ist eine kleine Aufklärungschrift bezieht, die von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ jüngst herausgegeben wurde. Der Verfasser Hans Guzmold beleuchtet die verschiedenartigen Probleme des Geschlechtslebens und der sexuellen Erziehung in gemeinverständlicher Weise und tritt im Kampfe gegen falsche Trüberei für neue sittliche Aufklärung und für die Jugendhege des Proletariats ein.

In Fensterinne ein Glas mit wellendem Blumenstrauß! Davon last körperhaft musikalischer, sprechender Duft, wie eine äppige Wechmut redend aus dem müden Nutwillen der Ketten, der Ungelassenheit des Altersporns und dem zum Aufstappen reizenden Löwenmäulchen mit dem nachdrucksam bekümmert gedekten Kinndackel.

Dazu am Boden Tornister, Bücher auf der Fensterbank, das wahllos hingeworfene der Kindheit: Unordnung, die hier nicht beleidigt, sondern zur Sache gehört.

Das Recht der Kindheit.

Die Kinder kommen herein vom Spiel. Diese ungekümte Frische! Und dieser lässliche Heißhunger. Die komische Verzweiflung aller Mamas!

Und der Duft, den sie mit heimbringen an ihren Kleidern, in ihrem Haar, wo er sich gesungen hat!

Das macht, sie haben sich gewälzt im Grünen, wie sie es immer so gern tun, den Hügel hinab!

Warum tun wir es denn nicht auch? Vielleicht, daß uns nur deshalb die Jugend verläßt, weil wir diese Uebung unterlassen.

Und warum unterlassen?

Aus Menschenfurcht!

Dieser Unverstand!

Ja, wenn wir erst die Menschen fragen wollten, ob sie es uns gnädig verstaten, glücklich zu sein, da können wir lange warten!

Die werden uns schon nicht gar zu viel zuteilen.

Sie selbst verstehen nicht, glücklich zu sein, und darum sollen es eben andere auch nicht sein.

Ja, wenn man sich anderen in die Hände spielt!

Kein, ich führe mich ausschließlich selbst aus, sei es nun zum Guten oder Bösen.

Die Kindheit soll aus eigenem Rechte da sein. Nicht bloß geblüet.

Sie soll nicht von den Begriffen vergewaltigt werden, den großen Begriffen.

Reid macht Vorschriften.

Schwäche, die nicht mehr genießen kann, verbietet.

Die Kindheit ist ein Rundschaffter, den die ratlose Menschheit vor-aussendet, um einen sicheren Lebensgrund zu erspähen. So müssen wir sie sich selbst überlassen, ihrem Lebensinstinkt, der von Verrohung und haltungsloser Aßerei wohl zu unterscheiden ist. Wie die Briefstauben müssen wir die Kinder aufsteigen lassen. — — — Das Kind stürzt dahin, fröhlich unbewußt.

Vom Moskauer Kongress

Die Eröffnungsrede Sinowjews

Im Auftrage des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen eröffnete Sinowjew die erste Sitzung des Kongresses, die in Petersburg, im festlich geschmückten Uchit-Palast stattfand, mit einer kurzen Ansprache. Sinowjew gedachte zuerst der revolutionären Vorkämpfer aller Länder, die die Propaganda für die kommunistische Idee mit ihrem Leben bezahlten, wobei der Kongress sich erhob. Er erinnerte weiter an die allüberall in den Gefängnissen schmachtenden und wandte sich besonders scharf gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Demokratie die Kommunisten besonders grausam verfolgte. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokraten hätten die Kämpfer für den Sozialismus in die Gefängnisse geworfen. Aber die Stunde nahe, da das Umgekehrte sich vollziehen werde.

Die 2. Internationale hätte vom Moment ihrer Entstehung an den Degen mit der 2. Internationale kreuzen müssen. Freund und Feind in Europa müßten zugeben, daß dieser Kampf erfolgreich mit der Zerschmetterung der 2. Internationale beendet worden sei. Dieser Kampf sei ein Klassenkampf gewesen. In den Reihen der 2. Internationale kämpften viele Klassengenossen unter dem Einfluß der läugerischen Ideologie der gelben „Sozialisten“, die zusammen mit der Bourgeoisie marschieren. Gefeigt hätten wir, weil die Bourgeoisie den Krieg nicht liquidieren konnte und als Ganzes in der Lage sei, das wirtschaftliche Europa wieder aufzurichten. Die 2. Internationale hätte beim ersten Schuß im imperialistischen Kriege ihr Schicksal mit der Bourgeoisie verknüpft, weshalb ihre Versuche zur Wiederherstellung der 2. Internationale keinen Erfolg gehabt hätten, trotz des Bestrebens, ein Bündnis mit dem Völkerbund zu schließen. Alle Schläge, die sich gegen die Bourgeoisie richteten, bedeuten auch ein Verhängnis für die 2. Internationale, wie für jede Organisation, die sich mit der Bourgeoisie ihren Untergang unmittelbar bevorstehend, verbunden hätte. Weil die Arbeiterklasse sich auf dem Wege zur Macht befände, griffe die Bourgeoisie verzweifelt nach der halbtothen 2. Internationale, und halte sie in tödlicher Umarmung. Da im historischen Sinne Jahre lang in der Arbeitervereinerziehung die Möglichkeit gebe, eine neue kommunistische aufgestaute Welt zu errichten.

Die Idee der Demokratie sei vor aller Augen verbläht, als sie vor den Augen der ganzen Welt ihre Prinzipien und die von den Parlamenten gegebenen Garantien umwarf. Der Sieg über die 2. Internationale bedeute, daß wir ein für allemal mit der demokratischen Tendenz ein Ende zu machen hätten.

Der Kongress solle eine Reihe von Streitfragen in der kommunistischen Bewegung lösen. Parteien seien zu ihm hinzugezogen, deren kommunistisches Wesen noch nicht an den Tag getreten, deren Taktik noch nicht festgelegt sei. Alle Arbeiter-Massenorganisationen, die erblich gewißt seien, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, seien eingeladen worden. Nacheinander hätten sie in der Periode des Bestehens der 2. Internationale diese verlassen und versucht, jetzt der 2. Internationale beizutreten, so die deutschen Unabhängigen, die französischen Sozialisten und noch andere. Jeweils Deutsche hätten nicht zugelassen und keinerlei Konzession an die 2. Internationale gemacht werden. Den deutschen und französischen Revolutionäre sei zu sagen, daß eine Reinigung ihrer Reihen für ihren Anschluß an die Internationale Arbeiter-Vereinigung nötig sei. Auch in der Internationale sei es notwendig, eine diegemale bewußte Organisation zu schaffen, die in jedem Moment Unterwerfung gewähren kann. Ebenso wie es in den einzelnen Ländern notwendig sei, eine aus Eisen und Stahl gegossene Partei zu haben, die die Arbeiter führt. Der von Marx und Engels gegründeten Internationale sei kein Erfolg beschieden gewesen, weil es zu ihrer Zeit noch keine Arbeitervereinerziehung im Weltmaßstab gab. Sie zu verwickeln, sei die Voraussetzung des Sieges über die Bourgeoisie. 50 Jahre seien in wenigen Monaten, seit dem großen Aufstand der Arbeiter verlossen, die uns den Weg gewiesen hätten. Die Pariser Kommune sei eine jugendliche Seite in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.

Sinowjew schloß mit den Worten: „Es wird einige Zeit vergehen und das Proletariat aller Länder wird in einem einzigen Sturm mit klarbewußten Zielen als einheitliches Ganzes unter der Leitung der kommunistischen Internationale zum Siege schreiten. Es lebe die Arbeiterklasse der Welt! Es lebe die kommunistische Internationale!“

Der Aufruf der französischen Partei

Die „Humanité“ vom 11. August bringt den Aufruf der französischen sozialistischen Partei, den die Ständige Verwaltungskommission vor einigen Tagen beschlossen hat. Er lautet:

Die Pflicht des internationalen Proletariats und des französischen Proletariats im besonderen gegenüber der russischen Revolution ist gebieterischer denn je.

Seit mehr als 3 Jahren haben die kapitalistischen Regierungen der Entente die verbrochenerischen Anschläge geküßt, um das Sowjet-Regime zu zerstören und in Rußland einen politischen und sozialen Zustand herzustellen, der sie befriedigt.

Die Sowjetregierung hat ihnen unter dem Beifall der Arbeitermassen eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen beigebracht: die Niederlage in Archangelst und Odesa, die Niederlage von Zudenitsch, Kolschak und Denikin, die Niederlage des weißen Finnland und jetzt die Niederlage des imperialistischen, feudalen und kapitalistischen Polens, des letzten Esbners des englisch-französischen Kapitals und Militarismus.

Wir werden die siegreiche Revolution an der Weichsel begrüßen, die Revolution, die von Osten nach Westen ohne Anhalt fortschreitet.

Um in diesem großen Augenblick die Roten Armeen aufzuhalten, die das Zeichen der Wiedergeburt der Welt mit sich führen, haben die Staaten der Entente versucht, die russischen Randkate zu mobilisieren; sie haben sich Abweisungen geholt, weil deren Regierungen vor der sozialistischen Bedrohung zittern. Die Staaten der Entente haben neue Pläne vorbereitet, die Mobilisierung ihrer Armeen, die mit einem Weltkrieg enden würde. Der unvermeidliche Einfall in Zentraluropa wäre der Auftakt zur Intervention für Polen.

In Dähle sind sie zurückgewichen. Nicht vor der Riesengröße des Verbrechens, sondern vor der Macht des Proletariats, vor der Stärke der revolutionären Krise, die ihre Aktion unsehbar zum Scheitern gebracht hätte.

Wir wiederholen jedoch: die Pflicht des Proletariats bleibt bestehen. Augenblicklich liegt keine Zukunft, keine Befreiung, der Sieg des Sozialismus in Europa und überall auf dem Spiel. Die Verteidigung der russischen Revolution ist die erste Phase der Weltrevolution. Es heiße sie verraten, wenn wir ihr nicht das Höchstmögliche an Unterstützung gewähren wollten, mit allen Mitteln.

Der taktische Entschluß, den die englische Arbeiterpartei gefaßt hat; alle Maßnahmen zum Widerstand gegen einen verbrochenerischen Krieg; eine sofortige Aktion, die die Gesamtheit der Arbeiter umfaßt, werden die Regierungen zur völligen Kapitulation zwingen. In Dähle haben sie ihre Nachsichtigkeit eingestanden, es hängt aber von Euch ab, ihnen noch eine größere Niederlage beizubringen. Sie haben offiziell auf die Entsendung von Truppen verzichtet, aber sie haben auf die geheime Zusammenarbeit mit dem polnischen Imperialismus, Truppen und Munition zu senden, sie haben die Blockade wieder eröffnet.

Werdet Ihr ihnen die Freiheit lassen, neue Konflikte zu provozieren, den Krieg gegen die russische Revolution zu verlängern? Wir wiederholen unsere Formel: Keinen Mann, keinen Groschen, keine Kugel! Die Mut, die diese Formel bei unseren Klassenregnern erregt hat, zeigt uns ihre Stärke und Richtigkeit.

Die russische Revolution hat sich in den Dienst des Proletariats der ganzen Welt gestellt. Für Euch kämpft sie unter unendlichen Opfern, mit entsetzlichen Schmierigkeiten! Ihr werdet ihr morgen den größten Teil Eurer Befreiung verdanken. Kämpft auch Ihr für sie auf Eurem Gebiet!

Friede mit Sowjetrußland; Anerkennung der Verfassung, die es sich selbst gegeben hat — das müssen die Formeln Eures sofortigen Kampfes sein. Wenn Ihr es wollt, wenn Ihr Eure einfache Pflicht erfüllt, werdet Ihr denen, die jetzt noch Eure Regierenden sind, die Weihe der Regierungsform, die sie verabsäumen, aufzwingen.

Das Spiel mit dem Frieden

Die Verhandlungen in Rinsk unterbrochen?

London, 20. August. (Neuer.)

Ramenow erhebt von Tschitscherin die Mitteilung, daß am 18. August in Rinsk durch die Schuld der polnischen Friedensabordnung keine Zusammenkunft stattgefunden habe.

Warschau, 20. August.

Ueber die Verhandlungen in Rinsk sind bisher immer noch keine Nachrichten bei der polnischen Regierung eingelaufen. Da ein drahtloser Verkehr mit Rinsk nicht zu ermöglichen war, wurde ein Kurier nach Rinsk entsandt, um Nachrichten über den Gang der Verhandlungen einzuholen. Gleichzeitig hat sich eine Reihe polnischer und ausländischer Pressevertreter nach Rinsk begeben.

Einberufung der französischen Kammer?

Paris, 20. August.

Die französischen Sozialisten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung, die unverzügliche Einberufung der Kammer zu fordern. In den Kammerpräsidenten wurde ein von allen Mitgliedern der Gruppe unterschriebenes Schreiben gerichtet, worin mit Rücksicht auf die jüngste Haltung des Kabinetts Millerand, besonders auch auf die Anerkennung Brangels die Einberufung der Kammer beantragt wird. Weiter wurde beschlossen eine Interpellation über die Maßnahmen gegen die englischen Genossen, sowie über die Forderung der russischen Revolution gegenüber, einzubringen und die Forderung aufzustellen, Clemenceau und Millerand in Anklagezustand zu versetzen.

London, 20. August.

Die Delegierten des englischen Aktionsausschusses Adamsou und Gosling haben nach ihrer Rückkehr aus Paris eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, ihre Aufweisung habe zur Folge gehabt, daß jetzt die Einheitsfront zwischen der französischen sozialistischen Partei und der C. G. T. zustande kommt und daß man zu einer allgemeinen Uebereinstimmung gelangt sei.

Paris, 19. August.

Wie Havas berichtet, hat die rumänische Regierung angesichts der Lage im Osten die französische Regierung um ihre Vermittlung ersucht zwecks Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn. Die französische Regierung habe sofort entsprechende Schritte in Budapest unternommen und Zustimmung zu dem Verlangen Rumäniens gefunden.

Amerikanische Arbeiter gegen eine Hilfe für Polen

New York, 20. August.

Die Arbeiterdelegation in Chicago und die Zentral-Arbeiter-Union in Seattle nahmen einstimmig eine Resolution an. Sie verlangen, daß die amerikanische Regierung Polen keinerlei Hilfe gegen Rußland gewähren darf. Die Arbeiter Chicagos drohen anderenfalls mit dem Generalstreik und die von Seattle haben einen Aktionsausschuß eingesetzt.

Prag, 19. August. (Tschekoslowakisches Pressbureau.)

Hier fand heute nachmittag eine große sozialdemokratische Volksversammlung statt, auf der für die Politik der Neutralität und gegen eine Intervention gegenüber Sowjet-Rußland Stellung genommen wurde. Auch im böhmischen Böhmen fanden in den größeren Städten etwa 20 deutsche und 30 tschechische sozialdemokratische Versammlungen statt, die sämtlich ruhig verliefen.

Belgien und die Neutralität

Paris, 19. August.

Nach einer Tempsmeldung aus Brüssel ist es im Kabinettsrat heute vormittag wegen des Durchgangsverkehrs von Munition, die für Polen bestimmt ist, zu einer sehr lebhaften Aussprache gekommen. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten sei sehr energisch dafür eingetreten, daß der Durchgangsverkehr gestattet werden, Justizminister Vandervelde jedoch habe diesen Standpunkt bekämpft. Schließlich habe man sich dahin entschieden, die Neutralität vorläufig aufrechtzuerhalten, bis das Ergebnis der Verhandlungen von Rinsk vorliegt.

Neue Neutralitätserklärung

Bei der Uebernahme des deutschen Abstimmungsgebietes in Allenstein hielt Justizminister Dr. Heineke eine Ansprache, in der er erneut das Bekenntnis zur Neutralität ablegte. Er sagte: „Wir müssen uns immer dessen bewußt bleiben, daß der Friede von Versailles, den wir unterzeichnet haben, für uns verbindende Norm ist. In Ausführung dieses Vertrages hat die deutsche Reichsregierung in dem russisch-polnischen Konflikt ihre Neutralität erklärt. Sie ist entschlossen, diese unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und sich in keiner irgendwie gearteten Weise aus ihr herausdrängen zu lassen. Ich richte an Sie alle die dringende Bitte, die Regierung in dieser Haltung zu unterstützen, welche sie in die Lage versetzt, dem polnisch-russischen Konflikt in voller Objektivität gegenüberzutreten, und bitte Sie, gerade hier im Osten alles zu vermeiden, was nicht mit der Neutralität vereinbar ist.“

Eine Note in der Saarfrage

Die deutsche Regierung hat aus Anlaß der Bewegung der Beamten im Saarrevier eine Note an die dortige Regierungskommission gerichtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Beamten des Saarreviers die Arbeit eingestellt haben, weil die Regierungskommission ein Statut erlassen wollte, dessen Bedingungen den Beamten unannehmbar erschienen. Die deutsche Regierung habe die Beamten aus dem Gebiet nicht zurückgezogen, weil sie erwartet hatte, daß eine betriebliche Regelung der Beamtenverhältnisse zustande kommen werde. Die Regierungskommission habe den Abschluß eines Abkommens mit der deutschen Regierung abgelehnt und auch die Verhandlungen mit den Beamten hätten zu keiner Einigung geführt. Die Regierungskommission dürfe nunmehr keine Maßnahmen ergreifen, die mit dem Friedensvertrag unvereinbar seien. Nach Beendigung des verstärkten Belagerungszustandes aber habe die Regierungskommission die Eisenbahnen militärisiert und das Personal als requiriert erklärt, obwohl die nach dem Friedensvertrag im Saarrevier fortbestehenden deutschen Gesetze eine Requisition von Personen überhaupt nicht kennen. Sie hat weitere französische Truppen in das Land gezogen und einem französischen General weitreichende Befugnisse übertragen, obwohl das Saarrevier nicht Okkupationsgebiet sei. Sie habe gebudelt, daß diese französischen Truppen mit brutaler Gewalt gegen die Beamten vorgingen und

wahre Jagden auf sie veranstalteten; Beamte und andere Bewohner des Saargebietes seien in größerer Zahl verhaftet worden, und eine ganze Reihe von Personen ist aus dem Gebiet ausgewiesen worden. Die deutsche Regierung erhebt gegen diese Maßnahmen Einspruch und bestreitet im Zusammenhang damit, daß die von ihr unterstützte Propaganda zur Erhaltung des Deutschstums im Saargebiet mit der Bewegung der Beamten etwas zu tun habe.

Die Rappisten der Reichswehr

Wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, hat dieser Tage der Chef des Personalamts im Reichswehrministerium, General von Braun, den Rappprüfungsamt, dem die Untersuchung gegen die am Rappprüfungsamt beteiligten Militärs übertragen war, kurzerhand aufgelöst. Braun fügte sich dabei auf einem am 11. August gefassten Rabinetsbeschlusse, der die sofortige Aufhebung des Ausschusses unter Berufung auf das Amnestiegesetz aussprach. Zur großen Freude der Rappisten wurde die Auflösung dieses von der Volkvertretung eingesetzten Ausschusses, der paritätisch aus Militärs und Politikern zusammengesetzt war, durch einen militärischen Aufhebungsbeschlusse an den zum Stellvertreter des Staatssekretärs Stod bestellten Oberstleutnant Budde verfügt. Der Zivilreferent des Ausschusses, der Rechtssozialist Scherer, legte gegen dieses Vorgehen in einem Schreiben an den Oberstleutnant Budde Protest ein. In dem Schreiben wird gesagt, daß den im Ausschusse tätigen Politikern durch die erfolgte Art der Auflösung jede Möglichkeit genommen sei, an der Erledigung der noch schwebenden Fälle Anteil zu nehmen. Es sei keinerlei Garantie geschaffen, daß bei rückwirkender Anwendung der Amnestie auf die militärdienstlichen Entscheidungen in den bereits behandelten Fällen das Staatsinteresse gebührend gewahrt wird. Dies steht zu den Prinzipien, nach denen der Ausschuss eingesetzt worden sei, im Widerspruch.

Die Funktionen des aufgelösten Ausschusses werden jetzt von einem Personalamt übernommen, dessen reaktionärer Charakter schon daraus erkenntlich ist, daß in diesem Amt zwei am Rappprüfungsamt hervorrangend beteiligte Offiziere sitzen. Das Personalamt hat sogar Offiziere, gegen die der Ausschuss Dienstenthebung beantragt hatte, in verantwortlichen Stellen der Truppe untergebracht. Secht hat einen vollkommenen Sieg erforscht. Die Reichswehr ist befreit von allen Republikanern. Die Rappisten können im Verein mit der Orgesch die Reichswehr dem neuen Putz entgegenführen.

Leder für deutsche Gesinnung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Leipzig, 20. August.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bekommt heute folgendes Telegramm:

Rattowik, 19. August.

Die Lederlieferungen für Leobschütz, Oberglogau und Rattowik sind nicht verschiebungsverdächtig, sondern für den deutsch-gesinnnten Verband heimattreuer Oberschlesier, Zentrale Rattowik, bestimmt.

Der Verband heimattreuer Oberschlesier.

Supta.

Dazu ist zu bemerken, daß es sehr sonderbar erscheint, daß der Verband heimattreuer Oberschlesier mit Leder handelt. Die Frage muß aufgeworfen werden, ob etwa die deutsche Gesinnung in Oberschlesien mit billiger Leder bezahlt werden soll. Die Reichsregierung hat Veranlassung, sich dazu zu äußern.

Betriebseinschränkungen in der Holzindustrie

Die „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer 33 das Ergebnis einer vom Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes vorgenommenen Erhebung über die bisher vorgenommenen Betriebseinschränkungen und Betriebseinschränkungen. In der Besprechung der Statistik wird betont, daß es sich durch die fortschreitende Verschlechterung der Geschäftslage in der Holzindustrie notwendig gemacht habe, wirksame Maßnahmen zur Steuerung der Rot der Holzindustrie zu ergreifen.

Das vorliegende Ergebnis der Erhebung ist am 24. Juli fertiggestellt worden. An der Erhebung haben sich leider nur 579 Zahlstellen mit 226 786 Mitgliedern beteiligt. 688 Zahlstellen, darunter Berlin, haben nicht berichtet, so daß das Ganze keine genaue Uebersicht geben kann. Es wird darum auch betont, daß das Fehlen der Berliner Zahlen das Bild viel günstiger erscheinen läßt, als es tatsächlich ist.

Welt größer ist die Zahl der Betriebe und der Arbeiter, die verknüpf arbeiten. Hier kommen 2366 Betriebe oder 16,3 Prozent der erfaßten mit 47 636 Arbeitern, gleich 21,8 Prozent in Betracht. Im Gau Dresden ist das Verhältnis am ungünstigsten, wo 45,5 Prozent, also nahezu die Hälfte Arbeiter verknüpf arbeiten. Von den Kurzarbeitern arbeiten 9025, also 19 Prozent wöchentlich bis 40 Stunden, 14 114 oder 29,6 Prozent arbeiten unter 40 bis 30 Stunden. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 bis 30 Stunden hatten 8909 oder 17,4 Prozent. 16 188 oder 34 Prozent der Kurzarbeiter hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von 24 und weniger Stunden.

„Revolutionäre“

Vom deutschen Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Ueber die in Frage kommende Fabrikation von Waffen in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau hat der Deutsche Metallarbeiterverband versucht, die dort beschäftigten Einzelrichter aus den Betrieben zu einer Betriebsversammlung zusammen zu holen und sie erst, aus den Betrieben zu nehmen. Dabei stellte sich aber heraus, daß von den dort beschäftigten Einrichtern und sechs Schloßern 34 Mann der Betriebsorganisation angehören und sechs dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die sechs Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes waren in der Versammlung anwesend und wollten der Order ihrer Organisation, keine Waffen mehr herzustellen, Folge leisten, wogegen die Mitglieder der „revolutionären“ Betriebsorganisation der Parole der Diktation folgten, die folgenden vermaßen lautete:

Der Deutsche Metallarbeiterverband beruft Versammlungen ein, um unsere Produktion zu unterbinden. Wer in diese Versammlung geht, der untergräbt seine eigene Existenz, d. h. er verliert sein Brot. Diese Parole griffen die „revolutionären“ Arbeiter auf und blieben deshalb der Versammlung fern. Alle unsere Bemühungen, persönliche Rücksprache mit diesen „revolutionären“ Leuten nehmen zu können, blieben erfolglos, weil sie zum größten Teil nicht den Hauptausgang des Gebäudes benutzten, sondern auf Umwegen den Nachhauseweg antraten.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie es um den revolutionären Sinn der Mitglieder der Betriebsorganisationen bestellt ist. Mit Worten sind sie revolutionär, aber in der Tat treten sie das mit Füßen, wofür sie die wahrhaft revolutionäre Arbeiterschaft mit größtem Eifer einsetzt und Opfer bringt.

Englands Finanzen. Die schwebende Schuld Englands verminderte sich während der verfloßenen Woche um sieben Millionen Pfund auf 1 288 000 000 Pfund.

